

einem idealen Partner: den Sozialausschüssen der CDU, deren gesellschaftspolitischer Kurs der SPD näher ist. Willy Brandt hält dies seit 1949 für die Wunschkoalition, doch, so klagte er, es habe ja nie geklappt, weil sich bei der Union nichts abspalte. Der SPD-Vorsitzende riet seinen Genossen Anfang Dezember dennoch, die Beziehungen zum linken CDU-Flügel zu pflegen: „Die SPD soll meines Erachtens im Frühjahr Aktionen starten, die nicht zuletzt der Überzeugung von Mitgliedern der Sozialausschüsse dienen.“

Schon ziehen sich Genscher und seine Freunde auf eine Position zurück, von der aus sie — sollte es in den nächsten Jahren zum Bruch der Koalition kommen — die Schuld von sich wegschieben wollen. Riemer: „Die Koalition wird und kann nur durch die Entwicklung in der SPD beendet werden.“ Rubin: „Meine Vorstellung war, daß die Koalition acht bis zwölf Jahre halten soll, dazu stehe ich auch noch — wenn die SPD nicht noch weiter nach links rückt.“ Genscher bekannte mit: „Die FDP kann die Koalition nicht aufkündigen. Das kann nur die SPD.“

Wie auch immer das Schicksal der sozialliberalen Koalition ausgehen wird, ob Scheel die Chance zur zweiten Kandidatur hat oder nicht, ehrenvoller Weiterverwendung glaubt er sich sicher.

1980, ein Jahr nach Ende der ersten Amtsperiode Scheels, soll die politische Union Europas beginnen — mit einer supranationalen Regierung. Schon heute geben Frankreichs Außenminister Michel Jobert und sein britischer Kollege Sir Alec Douglas-Home zu erkennen, daß sie Scheel gern als ersten europäischen Außenminister sehen würden.

Walter Scheel hat nichts dagegen.

RECHTSHILFE

Skizze aus Moskau

Der Rechtshilfeverkehr mit Ostblockstaaten soll, nach Bonner Wünschen, von bürokratischem und politischem Ballast befreit werden.

Die zweijährige Evelyn D., wohnhaft bei ihrer Mutter, wollte vor einem West-Berliner Gericht feststellen lassen, daß der Arbeiter František D. aus Falkenau in der ČSSR, obwohl mit der Mutter verheiratet, nicht ihr Vater ist. Um die Klageschrift an František D. zuzustellen und ihn zum Termin zu laden, ging das Ersuchen um Rechtshilfe bei den ČSSR-Behörden zunächst an den Justizsenator in West-Berlin und wurde dann über die tschechoslowakische Militärmission in Berlin nach Prag weitergeleitet.

Dieses seit Kriegsende im Gerichtsverkehr zwischen West-Berlin und Prag übliche Rechtshilfeverfahren aber läßt sich nicht länger praktizieren, seit Mitte

Dezember nun auch zwischen Bundesrepublik und Tschechoslowakei diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden. Denn nach internationalem Recht ist seither die Bonner Botschaft in Prag als Vermittlungsstelle für gegenseitige Hilfe in gerichtlichen Verfahren zuständig.

Die Prager Regierung aber weigert sich — wie schon die Sowjet-Union und Polen —, Rechtshilfe-Gesuche West-Berliner Gerichte von den diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik entgegenzunehmen. Die ČSSR steht, wie ihre sowjetische Führungsmacht, auf dem Standpunkt, daß im Viermächte-Abkommen über Berlin der Bonner diplomatische Dienst gemäß dem Vertragstext nur „konsularische Betreuung für Personen mit ständigem Wohnsitz in den Westsektoren Berlins“ ausüben



Justiz-Staatssekretär Erkel
Besser von Gericht zu Gericht

darf (Anlage IV, B.). Zur „Betreuung“ aber rechnen die Ostblock-Strategen nicht den Rechtshilfeverkehr.

Für die Bundesregierung kam diese Auslegung zwar überraschend. „Der Standpunkt, den wir vertreten“, so ein AA-Beamter, „findet vollen Rückhalt in dem Viermächte-Abkommen und in den Protokollen der Verhandlungen.“ Die Genossen von Moskau bis Prag aber haben sich ihre Haltung bisher nicht abhandeln lassen, obschon die Bonner mit dem Aufschub der für September vereinbarten Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Prag speziell auf die ČSSR Druck auszuüben versucht hatten.

Nach Ostblockdeutung des Berlin-Vertrages dürfen die Konsular-Abteilungen der Bonner Botschaften in Osteuropa nur dann für West-Berlin tätig werden, wenn einzelne Bürger oder auch, wie inzwischen sichergestellt

ist, Firmen darum bitten — so etwa die in Berlin residierende Schering AG, die eine Forderung von einer staatlichen Wirtschaftsorganisation in der Sowjet-Union eintreiben möchte.

Der Streit um die Rechtshilfe, der nun in zweiseitigen Gesprächen zwischen Rechtsexperten des Bonner Außenamtes und Ostblock-Vertretern beigelegt werden soll, blockiert zunächst einmal die zwischenstaatliche Rechtshilfe, zumindest soweit West-Berliner Justizbehörden beteiligt sind. Die Zahl der Hilfesuche ist jedoch nicht sehr groß und wird nach Meinung des Justizministeriums eher noch zurückgehen.

Bislang trafen jährlich rund 1000 Gesuche in Zivilrechtsfällen aus dem Ostblock in der Bundesrepublik ein, davon 60 bis 80 in West-Berlin. Die Zahl der ausgehenden Gesuche belief sich jährlich auf rund 300, davon etwa 30 aus West-Berlin (den Rechtshilfeverkehr mit der DDR nicht mitgerechnet): Zeugen sollten vernommen, Urkunden beschafft oder Urteile zugestellt werden.

Meist ging es dabei um Streitigkeiten zwischen getrennt lebenden Familienangehörigen, um Ehescheidungen, Unterhaltsforderungen oder Nachlaßsachen. Beispiel: Ehemalige Volksdeutsche aus Rumänien, die während des Krieges in der SS dienten und sich nach 1945 nicht zurücktrauten, wollen sich von ihren in Siebenbürgen gebliebenen Ehefrauen scheiden lassen. Oder: Das Notariat für Prag 1 suchte die Erben und Konten der im Oktober 1972 verstorbenen Ludmilla J. Die Mehrzahl der Rechtshilfefälle mit der Sowjet-Union und Polen betrifft Wiedergutmachungsverfahren.

In Strafsachen ist das Bedürfnis nach Beistand weitaus geringer; nur etwa 50 Fälle (25 in jeder Richtung) werden jährlich bearbeitet. Mit der Sowjet-Union gab es in diesem Jahr nur einen Briefwechsel: Die deutsche Staatsanwaltschaft forderte in Moskau Zeugenaussagen und eine Unfallskizze an. Ein deutscher Diplomat hatte in der Sowjet-Union bei einem Verkehrsunfall unter Alkoholeinfluß zwei Menschen tödlich verletzt.

Bei den Berliner Behörden trafen 1972 ganze zwei Ersuchen in Strafsachen ein. So forschte zum Beispiel die ČSSR nach den Urkunden eines Schwindlers, der sich mit einem falschen akademischen Titel geschmückt hatte. Nur in vier Fällen brauchten die Berliner Hilfe.

Der Rechtshilfeverkehr mit der DDR hingegen floriert — vor allem wegen der noch immer vielfältigen verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den getrennten Deutschen: 1971 richtete das Ost-Berliner Justizministerium 1653 Ansuchen an die westdeutschen Länder-Justizbehörden, 1973 bereits 2280.

West-Berliner Gerichte forderten 1973 380mal Hilfe jenseits der Mauer,

die DDR wandte sich mit 400 Ersuchen an die West-Berliner Justiz. Das übliche Antrags-Verfahren: Das Gericht wendet sich an den Justizsenator, dieser an das Ost-Berliner Justizministerium, und von dort geht das Ersuchen weiter an das zuständige DDR-Gericht. Die Ost-Berliner Justizbehörden verfahren, umgekehrt, ebenso. Die meisten Gesuche im zwischen-deutschen Rechtshilfeverkehr betreffen Testamentssachen. Es folgen Unterhaltsstreitigkeiten, Ehescheidungen und Zwangsversteigerungen zur Auflösung von Erbengemeinschaften.

Was die Bundesregierung nunmehr als Kompromiß für die Rechtshilfe zwischen Bundesrepublik samt West-Berlin und dem Ostblock anstrebt — den Direktverkehr von Gericht zu Gericht —, halten die Experten des Bonner Justizministeriums für die beste Lösung. Justiz-Staatssekretär Günther Erkel: „Je besser die Beziehungen, um so eher geht der Verkehr von Gericht zu Gericht.“ Mit Österreich beispielsweise werden die Verfahren im Direktverkehr prompt in 14 Tagen erledigt. Der Umweg über die Botschafter aber dauert — wie etwa in Jugoslawien — acht bis zehn Monate.

FLÜCHTLINGE

Mal abwarten

Mehrere Bundesländer weigern sich, asylsuchende Chilenen aufzunehmen — aus Angst vor Revolutionären. Von Revolution aber ist bei denjenigen, die bislang in Westdeutschland eintrafen, nichts zu hören.

Die Bayern wollen „selbstverständlich keine Personen hereinlassen, die sich bei uns als Systemveränderer betätigen“, wie Ministerialrat Wolfgang Bouska vom Innenministerium in München sagt.

Vor einer Infiltration durch Asylsuchende aus dem fernen Chile möchte sich auch Baden-Württemberg bewahren: Es will, so die Stuttgarter Regierung, Mitglieder „extremer oder extremistischer Gruppen, die sich gegen den demokratischen Verfassungsstaat wenden“, nicht einreisen lassen.

Im Lager Friedland bei Göttingen — wo sonst vor allem Übersiedler aus östlichen Staaten registriert und versorgt werden, das nun aber auch Chilenen aufnehmen soll — treffen Briefe ein, in denen Spendenzusagen wieder zurückgezogen werden. „Da schreibt der eine oder andere“, erläutert das Büro der „Friedlandhilfe“, „er möchte nur Personen unterstützen, die vor dem Kommunismus davongelaufen sind“; aber dazu beitragen, „daß die im Lager nun auf ihre Feinde treffen“, wollten die Absender nicht.

Oberamtsrat Klaus Arend vom Bundesamt für Verfassungsschutz schließ-

lich, der sich in der chilenischen Hauptstadt Santiago die Leute schon mal ansieht, die vor der Militärgewalt dort Zuflucht in der westdeutschen Botschaft gefunden haben, tut dies, wie der „Münchner Merkur“ schrieb, nach der Devise: „Wir wollen keine Tupamaros. Berufsrevolutionäre pflegen ihre Ziele nicht in einer anderen Geographie aufzugeben. Wir wollen nicht riskieren, daß ... Bomben hochgehen.“

Ob Bomben krachen werden, nur weil ein Verfassungsgebot — „politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ — beachtet wird, ist vorerst kaum auszumachen. Daß es lauter Linke sind, denen dieses Recht gewährt wird, daran ist kein Zweifel.

Rund hundert Chile-Flüchtlinge sind in der Bundesrepublik eingetroffen; mehr als insgesamt 500, einschließlich Frauen und Kinder, sollen es nach Auskunft des Bundesinnenministeriums am



Chilenische Flüchtlinge in Frankfurt: „Viel arbeiten, viel lernen“

Ende nicht werden. Die meisten sind in Hessen untergekommen, über dreißig allein im Flüchtlingswohnheim Frankfurt-Griesheim in der Kiefernstraße. Dort sitzt auch José Oyarce, einst Chiles Arbeitsminister, mit Ehefrau Ruby und fünf Kindern. Und sie wollen, wie Frau Ruby beteuert, nichts als „viel arbeiten, viel lernen und nicht von den Spenden leben“.

So sieht es auch Georgina Chibarro, 29, Völkerkundlerin, die „vorerst“ überhaupt kein Interesse hat, sich politisch zu betätigen: „Wir wollen lieber erst mal abwarten; zunächst sind wir einfach nur froh, daß wir hier sein dürfen.“

Weltrevolution oder so etwas ist jedenfalls das letzte, worüber die Chilenen derzeit im Flüchtlingsheim reden möchten. Viele, wie José Miguel Varas, 45, zuletzt Journalist beim chilenischen Fernsehen, haben sich und ihre Angehörigen erst „in letzter Minute“ in die westdeutsche Botschaft retten können.

Daß sie die Bonner Residenz erwählten, über die sie nun in die Bundesrepublik gerieten, und nicht etwa eine Ostblockvertretung, erklärt Varas so: „Es gab keine andere Wahl. Alle sozialistischen Botschaften waren schon zwei Tage nach dem Putsch geschlossen.“ Etwa sechzig seiner Landsleute, weiß der Journalist, hätten sich auch in der DDR-Botschaft aufgehalten und seien dann nach Finnland ausgeweist.

Daß die Flüchtlinge „vorwiegend Kommunisten und Sozialisten“ sind, räumt Flüchtling Varas ein — „etwas mehr Kommunisten“ sogar, er selbst war daheim auch einer. Fernando Voigt wiederum — Medizinstudent im siebten Semester, der flüchten mußte, weil er einer sozialistischen Jugendorganisation angehörte — findet, es sei wohl „ein Unterschied, ob man in Chile oder in einem hochentwickelten Industriestaat lebt“, und dementsprechend sind chile-

nischer und westdeutscher Kommunismus für ihn „zwei Paar Schuhe“.

Chilene Otto Eichen, zuletzt Universitätslehrer für Spanisch in Santiago und Kommunist mit reichsdeutschem Großvater, sieht den Fall ebenso: „Dies hier ist ein anderes Land, dies sind nicht unsere Probleme. Was hier zu machen ist, das müssen die deutschen Arbeiter machen.“

„Nichts als einen Job“ will auch der Journalist Varas: „Wir wollen hier nicht in die Partei. Jeder Deutsche, der uns und unseren Landsleuten in Chile hilft, ist uns willkommen.“ Wirklich jeder: „Auch ein Mann wie Franz Josef Strauß.“

Soweit ist es freilich noch nicht. Als sich die Stadt München im Gegensatz zur bayrischen Staatsregierung demonstrativ zur Aufnahme von „zunächst 50 politischen Flüchtlingen aus Chile“ bereit erklärte, kämpfte Straußens CSU-Stadtrat Hans Stützle bis zuletzt dagegen an, und SPD-Bürgermeister Eck-